

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 67 (1975)
Heft: 9

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeitschriften-Rundschau

Otto Böni

Drei Jahre Bangladesh unter Mujibur Rahman

Noch bevor durch die Welpresse die Meldung vom Militärputsch in Bangladesh ging, erschien in den *«Frankfurter Heften»* in zwei Fortsetzungen (Nummer 7 und 8) unter der Überschrift *«Armut – Ausbeutung – Unterdrückung – Widerstand»* ein Überblick über die dreijährige Regierungszeit Sheik Mujibur Rahmans. Der Autor dieses Beitrages, Günter Schröder, geht dabei von einem Ausspruch des Führers der Awami League und selbsternannten Premiers der neuen Nation aus, wonach dieser versprach, das *«Goldene Bengalen»* zu bauen.

Trotz weitgehender Beseitigung der schwersten materiellen Schäden der Kämpfe von 1971 (nicht zuletzt dank umfangreicher ausländischer Hilfe, dieselbe stieg von 20 Prozent am Ende der sechziger Jahre auf 75 Prozent im Haushaltsjahr 1975), ist die wirtschaftliche Lage des Landes heute immer noch wesentlich schlechter als jemals unter pakistanischer Herrschaft. Die Masse der 75 Millionen Bangladeshi gehört zu den Ärmsten der Welt. 1973/74 verhungerten Hunderttausende von Menschen. Statt des im Mujibismus verheissenen Sozialismus herrscht heute in Bangladesh ein *«Raubritter»*-Kapitalismus. Nicht genug, dass die sozialen Probleme ungelöst sind, auch der Gegensatz zwischen Hindus und Muslims breitet sich wieder aus, nach wie vor werden die Angehörigen der Nationalen Minderheiten diskriminiert. An Stelle der versprochenen Demokratie herrscht politische Unterdrückung. Der Autor vermittelt eine Fülle von Fakten und macht dem Leser klar, dass sich die Situation in Bangladesh so zugespitzt hat, dass bald etwas geschehen wird und muss. Ob aber die Lösung von den Leuten kommen kann, die jetzt Sheik Mujib gestürzt haben, muss bezweifelt werden.

Aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung

Das monatlich in Köln erscheinende Organ des Deutschen Gewerkschaftsbun-

des, *«Gewerkschaftliche Monatshefte»*, vermittelt in seiner August-Nummer ein breites Informationsspektrum über Probleme der europäischen Gewerkschaften im allgemeinen und über Probleme der Gewerkschaftsbewegung in Belgien, Grossbritannien, Portugal und der Schweiz im besonderen. Alfons Lappas, ein Mitglied des Bundesvorstandes des DGB, äussert sich unter der Überschrift *«Zureuropäischen Gewerkschaftspolitik»* über Erfolge und Misserfolge der Gewerkschaften im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Einerseits konnte man das Gewicht des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EG verstärken, andererseits aber konnte bis anhin noch kein wirksames Instrument gegen die zunehmende Verflechtung und Konzentration von Kapital gefunden werden. Das Streben der Gewerkschaften muss nach wie vor dahin gehen, dass eine demokratische Institution in der EG geschaffen wird. Doch dies wird erst möglich sein, wenn die europäischen Regierungen bereit sind, der EG entsprechende Entscheidungsbefugnisse zu übertragen.

Über *«Die Gewerkschaften und die Entwicklung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern in Belgien»*, also über das Land, in dem der gewerkschaftliche Organisationsgrad 65 bis 70 Prozent beträgt (Schweiz etwa 30 Prozent) berichtet der Direktor des Instituts für Arbeitsrecht an der Universität Leuven. Die sehr komplexen *«Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Regierung in Grossbritannien»* werden von Ivor L. Roberts behandelt. Dieter Wagner informiert über *«Die Gewerkschaften in Portugal»* und vermittelt dabei auch wertvolle Hinweise über den etwas verzerrt dargestellten, vorwiegend den Kommunisten zugeschriebenen Kampf um eine Einheitsgewerkschaft. Über *«Die Gewerkschaften in der Schweiz: Entwicklung, Struktur, Aufgaben, Probleme»* berichtet Benno Hardmeier. Diese Arbeit ist eine instruktive kleine Zusammenfassung von Geschichte und Gegenwart des SGB, die sehr gut als Separatdruck an die schweizerischen Arbeitnehmer abgegeben werden könnte.

Die im 25. Jahrgang in Stuttgart erscheinende Monatsschrift *«Osteuropa»* publiziert in ihrer Juli-Ausgabe unter der Überschrift *«Die aussenpolitische Dimension des ‚historischen Kompromiss‘»* erläuternde Anmerkungen zum XIV. Kongress der Kommunistischen Partei Italiens. Als Autor der Arbeit zeichnet Heinz Timmermann. Im Zentrum des in Rede stehenden Parteitages stand die Frage des Zusammenwirkens mit der Democrazia Cristiana, und zwar mit welcher, einer reaktionären oder einer fortschrittlichen DC. Eine Minderheit der Delegierten vertrat die Meinung, dass jedes Zuwarten heute gefährlich sei und dass sich die KPI nicht *«rein, unbefleckt und glänzend in der Isolierung»* halten könne, denn dies würde bedeuten, die proletarische Revolution erst für das Jahr 2000 vorzubereiten. Sie ist daher der Meinung, dass ein Zusammenwirken mit der DC bereits heute an die Hand genommen werden müsse. Die Mehrheit vertrat aber die Meinung, dass ein Zusammengehen mit der heutigen DC die KPI in eine subalterne Position drängen und so ihren Charakter als vorwärtstreibende, die Gesellschaftsstrukturen ändernde revolutionäre Kraft bedrohen würde. Der KP-Chef Berlinguer meinte hierzu: *«Die Frage des Eintritts der KPI in den Bereich der Regierung ist zweifellos entscheidend, doch wenn wir auch in jedem Augenblick bereit sind, unsere Verantwortung zu übernehmen, so hängt der Augenblick,*

in der eine solche Möglichkeit Wirklichkeit werden könnte, nicht allein von uns ab. Wir sind keine Bittsteller und werden es niemals sein. Wir haben es nicht eilig... Für den Fall einer neuen Mehrheitsbildung haben auch wir unsere Bedingungen zu stellen.»

Weitere Debatten an diesem Parteitag bestätigen den Gesinnungswandel der KPI in den letzten Jahren, so ihr Verhältnis zur NATO, ihr Demokratieverständnis in bezug auf die Geschehnisse in Portugal und in den Ostblockstaaten sowie ihr gesamtes Verhältnis zur Sowjetunion.

Hinweis

Als erste Zeitung der Bundesrepublik publizierte das sozialdemokratische Wochenblatt *«Vorwärts»* als Beilage zu seiner Ausgabe vom 14. August den vollen Wortlaut der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Das Dokument wurde von 35 Staats-, Regierungs- und Parteichefs in Helsinki unterzeichnet. Erfreulicherweise wurde dieser Vertrag, entgegen den Verleumdungen der Rechtspresse in der Bundesrepublik, sowohl in der Sowjetunion wie auch in der DDR in vollem Wortlaut veröffentlicht, während man bis zur Publikation im *«Vorwärts»* mindestens im westlichen deutschen Sprachraum auf Auszüge angewiesen war, die immer wieder Anlass gaben, die ganze Konferenz von Helsinki zu diskriminieren und als einen Sieg Moskaus zu deuten.